



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, im Hauptberuf geschäftsführender Gesellschafter der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

Zwölf-Jahres-Hoch bei Baugenehmigungen

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft hat sich im ersten Quartal 2016 mit 0,7 % deutlich beschleunigt. Als Treiber wirkten insbesondere die steigende Konsumlust der Verbraucher und der milde Winter, der der Bauwirtschaft eine Produktionssteigerung um 3,4 % beschert hat. Die Zahl der Baugenehmigungen ist in den ersten beiden Monaten des Jahres um über 33 % auf ein Zwölf-Jahres-Hoch gestiegen. Insgesamt sind 54.200 Zusagen für neue Wohnungen erteilt worden. Das Bundesbauministerium hält den Neubau von mindestens 350.000 Einheiten pro Jahr für erforderlich. Für das Gesamtjahr rechnet die Bundesregierung mit einem BIP-Wachstum von 1,7 %. Insgesamt also weiter erfreuliche Rahmenbedingungen für die SHK-Wirtschaft.

Bau und Ausbau: beachtliche Dimensionen

Im Jahr 2013 – „frischere“ Zahlen konnte das Statistische Bundesamt nicht liefern – gab es insgesamt 578.013 Handwerksbetriebe in Deutschland, die einen Umsatz von 506 Mrd. Euro erwirtschaftet haben. Im Ranking der Gewerke lag mit großem Abstand das Ausbaugewerbe mit 1,4 Mio. Mitarbeitern in knapp 235.000 Betrieben (138 Mrd. Euro Umsatz) vorne, zu dem bekanntlich auch die SHK-Handwerksfirmen zählen. Auf dem vierten Platz rangiert das Bauhauptgewerbe mit über 76.500 Betrieben und 683.0000 Mitarbeitern und einem Umsatz von 85 Mrd. Euro. Mit anderen Worten: Bauhaupt- und Ausbaugewerbe zusammen standen 2013 mit rund 312.000 Betrieben für über die Hälfte aller deutschen Handwerksfirmen und erzielten mit über 2 Mio. Beschäftigten einen Umsatz von 223 Mrd. Euro. Angesichts dieser beachtlichen Größenordnungen stellt sich die Frage, ob das Bau- und Ausbauhandwerk im öffentlichen und politischen Bewusstsein nicht eigentlich eine stärkere Wahrnehmung als Wirtschaftsfaktor, Arbeitgeber, Ausbilder und Steuerzahler verdienen würde.

2 % Inflation = Geldwertstabilität?

„Die Europäische Zentralbank hat als Aufgabe eben auch die Geldwertstabilität und dazu gehört eine bestimmte Mindest-Inflationsrate.“ Mit dieser erstaunlichen Aussage hat die Bundeskanzlerin kürzlich dem EZB-Präsidenten den Rücken gestärkt, der wegen seiner Niedrigzinspolitik vor allem bei deutschen Sparern und Inhabern von Kapitallebensversicherungen unter massiver Kritik steht. Unter Ludwig Erhard galt eine gegen Null gehende Inflationsrate als volkswirtschaftlicher Idealzustand. Jetzt fürchten die Bundesbürger zurecht um ihre Altersversorgung. Dass Draghi seine ultralockere Geldpolitik vor allem im Interesse der südlichen Schuldländer verfolgt, ist bekannt. Seine abenteuerliche Kernthese, eine Inflationsrate von 2 % sei Voraussetzung für Geldwertstabilität, wird auch durch die unkritische Wiederholung der meisten Medien nicht richtiger. Denn: Es bedarf keiner höheren Mathematik, um sich auszurechnen, dass die neuerdings politisch gewollte jährliche Geldentwertung um 2 % in 50 Jahren auf einen wirtschaftlichen Totalverlust herkömmlicher Geldanlagen hinausläuft. Abzuwarten bleibt, wie lange sich die deutschen Wähler eine solche Enteignung werden bieten lassen, die die EZB offenbar bewusst in Kauf nimmt, um die südlichen Pleiteländer der EU nominal zu entschulden.

Strategien gegen das „Verwahrentgelt“

Die vor Jahren hierzulande noch unvorstellbare Einführung von Negativzinsen wird offenbar Realität. Bisher haben Banken und Sparkassen den von der EZB ausgelösten Druck noch durch Gebührenerhöhungen kompensiert. Jetzt sehen sich immer mehr Firmenkunden Negativzinsforderungen ihrer Institute ausgesetzt. Sparkassen versuchen, diese skandalöse Praxis mit dem pseudo-kreativen Begriff „Verwahrentgelt“ zu kaschieren. Einer neuen Umfrage zufolge würden 44 % der Privatkunden bei der Einführung von Negativzinsen die Bank wechseln. Für den Fall, dass alle Institute ihre Klientel zur Ader lassen würden, zeigt sich die Hälfte der Kunden entschlossen, ihr Geld abzuheben und im Schließfach oder im heimischen Safe aufzubewahren. Das wiederum würde die Banken wegen der fehlenden Verfügbarkeit derartiger Bargeldsummen vor unlösbare Probleme stellen. Folglich wäre die EZB gut beraten, einen derartigen „Bank-Run“ mit unabsehbaren Konsequenzen zu vermeiden.

„Krieg gegen das Bargeld“

Bei einer Anhörung im Düsseldorfer Landtag zur Bargeld-Obergrenze hat ein Sachverständiger der Deutschen Bundesbank erstmals offiziell von einem „Krieg gegen das Bargeld“ gesprochen. Das Bundesfinanzministerium hat bekanntlich eine Obergrenze für Barzahlungen in Höhe von 5.000 Euro ins Spiel gebracht mit der fadenscheinigen Begründung, man wolle so Terrorismus-Finanzierung, Steuerhinterziehung und Geldwäsche erschweren. Die EZB hat mit ähnlichen Alibi-Behauptungen ihre Entscheidung begründet, ab 2019 keine neuen 500-Euro-Scheine mehr herauszugeben. Ganz offensichtlich hat die schleichende Abschaffung von Bargeld System. Nach Einschätzung des Ökonomen Max Otte werden wir „ohne Bargeld zu Geiseln der Banken“. Die Politik wolle nun auch die Bürger „erpressbar machen“. Denn: Weniger Bargeld schränkt die Verfügungsmöglichkeiten ein. Eine totale Abschaffung würde die Menschen völlig abhängig machen von der Euro-Rettungspolitik. Der neue ifo-Präsident Clemens Fuest kommentiert das Szenario so: „Die Abschaffung der 500-Euro-Scheine untergräbt das Vertrauen in die EZB. Es muss der Eindruck entstehen, dass der Hauptgrund der Abschaffung das Ziel ist, die Zinsen weiter in den negativen Bereich zu bringen.“

Bau-Skandal

Der „Focus“ hat die Eröffnung des Basistunnels unter dem Gotthard zum Anlass für eine bauspezifische Satire genommen: „Mit 57 Kilometer Länge und einer Bauzeit von 17 Jahren ist das Projekt weltweit ohne Beispiel. Das ist entschuldbar und nicht weiter erwähnenswert. Doch dass es das rätselhafte Schweizer Bergvolk gewagt hat, seinen Wunderstollen in den Fels zu wühlen, dabei ein Jahr früher als erwartet fertig zu werden und keinen Franken mehr auszugeben als berechnet, ist ein Skandal. Kosten haben zu explodieren, Zeitpläne gelten nicht. Darauf müssen wir uns verlassen können. Nicht auszudenken, wenn das Fiasco unterm Gotthard Schule macht: Der Himmel über Schönefeld wäre von Flugzeugen verdunkelt, über die Elbe zögen Klangwolken, Züge würden Stuttgart heimsuchen. Haushaltslöcher bekämen Schwindsucht. Wir appellieren an die Solidarität der Schweizer. Das nächste Mal schicken wir die Kavallerie. Morgen. Oder übermorgen. Oder nächstes Jahr.“